

Aus der Sozialdemokratie.

Zwischen zwei Stühlen. Zwischen den beiden Gruppen in der Sozialdemokratie, der Scheidemann- und der Haase-Gruppe, stehen etwa 20 Reichstagsabgeordnete, die in der Frage der Kriegskredite den Standpunkt der Haase-Leute teilen, aber aus Disziplinrücksichten ihre Abstimmung gegen die Kriegskredite im Fraktionszimmer nicht durch Kriegsverweigerung im Reichstag bestätigt, sondern bei der Entscheidung im Reichstag den Saal verlassen haben. Sie sind trotz innerlicher Uebereinstimmung mit der Haase-Gruppe in der Reichstagsfraktion geblieben, haben dieser aber durch eine öffentliche Erklärung das Recht abgesprochen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Zu diesen Haase-Freunden in der Scheidemann-Gruppe gehören die beiden Abgeordneten Hoch, Vertreter für Hanau, und Leutert, Vertreter für Jena. Nun hat aber eine sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung für den Wahlkreis Hanau dem Reichstagsabgeordneten Hoch ein Mißtrauensvotum ausgestellt und sich für die Richtung Liebtnechts ausgesprochen. In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Jena, die sich fünf Abende ausgedehnt über den Vorstandsbericht auf fünf Abende ausgedehnt hatte, wurden bei der Vorstandswahl die Kandidaten gewählt, die sich zur Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bekennen.

„Kein Halten.“ Zu der Amtsenthebung des sozialdemokratischen Wahlkreisvorstandes für Teltow-Beeslow durch eine radikale Versammlung schreibt die „Chemn. Volkszt.“: „Der neue Kreisvorstand dürfte dem Antrag, keine weiteren Beiträge dem Parteivorstand abzuliefern, zustimmen. Die Zerreißung der Organisation in dem größten Wahlkreis Deutschlands ist damit vollendet. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß Genosse Schöpflin in der letzten Generalversammlung des 18. Kreises vorhergesagt hat, binnen kurzem würde die Richtung Spartakus in Berlin, Bremen usw. die Richtung Haase-Lebedour vollkommen verdrängen. Damals hat sich die „Leipz. Volksztg.“ über diesen „Propheten“ lustig gemacht. Tatsächlich zeigt sich, daß, wo erst einmal die Anschauungen der Minderheit Boden fassen, es kein Halten mehr gibt, sondern gegen den Willen der Genossen, die Verantwortungsgesühl für den Fortbestand der Organisation haben, geradewegs in die Parteizerreißung hineingesteuert wird.“

Die Angst vor der Minderheit. Der vom Landtagsabg. Kolb geleitete „Volksfr.“ in Karlsruhe schreibt: „Vom Standpunkt der bestehenden Parteitagebeschlüsse läßt sich die Politik des 4. August nicht rechtfertigen. Es hat gar keinen Sinn, über diese Tatsache mit Wortklaubereien hinwegtäuschen zu wollen. Keiner der Wortführer der Mehrheit kann und darf sich im Zweifel darüber sein, daß die Resolutionen von Dresden, Lübeck, Magdeburg usw. künftig noch für die Politik und Taktik der Sozialdemokratie maßgebend sein können. Ebensovienig die Resolution des Hamburger Parteitages über die Militärfrage. Wenn man den Staat anerkennt, darf man zu den Fragen der Staatsnotwendigkeiten keine prinzipiell verneinende Stellung mehr einnehmen, vor allem nicht mehr das Budget ablehnen. Die Politik der Sozialdemokratie muß mit neuen positiven Gedanken erfüllt werden. Das ist aber unmöglich, wenn man der Diskussion dieser neuen Gedanken immer wieder ausweicht und die Dinge so darstellt, als sei die Politik des 4. August etwas ganz Selbstverständliches gewesen. Das war sie eben nicht. Kein Mensch in der Partei hat am Abend des 3. August es für selbstverständlich gehalten, daß die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite bewilligt. Das Gegenteil wäre nach den Parteibeschlüssen viel selbstverständlicher gewesen. Die Angst vor der Minderheit ist für die Zukunft der Sozialdemokratie geradezu verhängnisvoll. Die Massen haben die Politik des 4. August verstanden, sie werden auch die Konsequenzen begreifen, die sich für die künftige Politik und Taktik der Sozialdemokratie daraus ergeben, sofern die Mehrheit nur den Mut hat, sich zu diesen Konsequenzen zu bekennen. Sie werden aber an der Politik der Mehrheit irre werden, wenn diese immer wieder den Auffassungen der Minderheit Konzessionen macht, wie das mit der Budgetablenkung geschehen ist. . . . Wenn die Mehrheit auf dem nächsten Parteitag einen entscheidenden Erfolg erzielen will, dann ist es allerhöchste Zeit, daß sie ihren Kurs geradeaus richtet und die Angst vor sich selbst und ihrer Courage am 4. August 1914 verliert.“